

«Bedingungen menschlicher gestalten»

Erstes Aargauer Flüchtlingsparlament hat getagt und seine Wünsche und Forderungen zuhanden der Politik platziert

Martin Rupf

Ein Hauch von UNO-Vollversammlung lag am Samstag im Grossratssaal in Aarau. Menschen verschiedenster Nationalitäten waren gekommen, um an der ersten Aargauer Flüchtlings-session teilzunehmen. Organisiert wurde diese vom Verein NCBI in Kooperation mit dem Verein Netzwerk Asyl Aargau. Einer der Teilnehmer war Yusefi Moghadam. Der 36-jährige war vor sechs Jahren als politischer Flüchtling aus dem Iran in die Schweiz geflüchtet. Sein Asylgesuch wurde jedoch abgelehnt, trotzdem ist er noch in der Schweiz. «Ich kann nicht in den Iran zurück, es ist für mich schlicht zu gefährlich dort.» Moghadam ist kein Einzelfall. Rund 350 abgewiesene Asylsuchende – davon ein Viertel Kinder – leben zurzeit im Aargau.

Seit Ende August hatten sich rund 40 Geflüchtete, die im Aargau leben, auf die Session vorbereitet, um am Nachmittag ihren Katalog mit knapp 20 Empfehlungen und Forderungen an die eingeladenen Politikerinnen und Politiker sowie Behördenmitglieder zu richten. Eine Forderung lautete: «Wir fordern für alleinerziehende Geflüchtete die Möglichkeit einer



Blick in den Grossratssaal an der Flüchtlings-session. Bild: Alex Wagner

Teilzeitlehre und die Möglichkeit einer Kinderbetreuung für die Zeit, in der die Mutter oder der Vater arbeitet oder in die Schule geht.» Grossrätin Rita Brem-Ingold (die Mitte) antwortete darauf: «Da muss ich Sie leider um Geduld bitten, da die Kinderbetreuung ja auch für viele Schweizerinnen und Schweizer immer noch ein Problem darstellt.» Und zur Forderung, geflüchtete Personen in der Lehre sollten nach Bedarf zusätzlichen Deutschunterricht erhalten, meinte EVP-Grossrätin Therese Dietiker: «Ich kann das sehr gut nachvollziehen, zumal es gerade für Geflüchtete sehr

schwierig ist, sich die beruflichen Fachwörter anzueignen.»

SP-Grossrätin: Härtefallgesuche einreichen

Einen Schwerpunkt der Forderungen und anschliessenden Diskussionen bildete in der Folge aber die Situation von abgewiesenen Asylsuchenden. So stand etwa die Forderung im Raum, dass geflüchtete Personen ihre begonnene Lehre trotz negativem Asylentscheid beenden dürfen. Auch forderte das Parlament die Aufhebung der restriktiven Rayon-Auflagen im Aargau, wonach sich abgewiesene Geflüchtete nur noch in ge-

wissen Gebieten aufhalten dürfen. «Das ist für uns eines der schwierigsten Themen» sagte Pia Maria Brugger, Leiterin des kantonalen Sozialdienstes. «Denn wir sind nicht für das Migrations-Verfahren, sondern für die Unterbringung und Betreuung zuständig. Wir sehen Menschen, die unter jahrelanger Unterbringung in Asylunterkünften leiden.» Ganz sicher wolle man die Menschen nicht zusätzlich drangsaliieren. Für Fabienne Notter, Geschäftsleiterin Caritas Aargau, stand indes fest: «Die derzeitige Politik glaubt, dank möglichst schlechter Rahmenbedingungen würden abgewiesene Geflüchtete die Schweiz schneller verlassen.» Sie habe aber Familien erlebt, die während zehn Jahren auf engstem Raum gelebt hätten und trotzdem nicht ausgereist seien. Man müsse die Rahmenbedingungen menschlicher gestalten, so Notters Forderung. «Dazu gehört für mich ganz klar die Abschaffung des Rayon-Verbots.» Die Mitte-Grossrätin Brem-Ingold hielt generell fest: «Ich muss mich für die Politik wehren. Wir können nicht einfach alle Menschen aufnehmen. Wir sind ein kleines Land.» Das wiederum konnte SP-Grossrätin Lea Schmidmeister so nicht stehen

lassen: «Erstens haben wir viel Platz. Und zweitens haben wir Fachkräftemangel. Wir können jede Person gebrauchen, die arbeitet.» Sie empfahl den Geflüchteten im Saal: «Reichen Sie immer und immer wieder Härtefallgesuche ein. Irgendwann wird es dann klappen.»

Situation bei Menschen mit F-Status verbessern

Eine weitere Forderung des Parlaments lautete, die Situation für Menschen mit einem F-Status, also vorläufig Aufgenommene, zu verbessern. Dies mit einem offiziellen Dokument, das über die Rechte und Pflichten dieser Menschen informiert. Eine Forderung, die GLP-Grossrat Ignatius Ounde unterstützte. Der gebürtige Kenianer musste zwar selber kein Asylverfahren durchlaufen, konnte aber mit der Situation der geflüchteten Menschen im Saal mitfühlen.

Kurz vor 16 Uhr war die erste Aargauer Flüchtlings-session Geschichte. Ob die Empfehlungen und Forderungen Gehör finden, wird sich zeigen. Yusefi Moghadam hofft, dass sein Härtefallgesuch gutgeheissen wird. Der gelernte Architekt und Schreiner hat nur einen Wunsch: «In der Schweiz bleiben und hier arbeiten zu dürfen.»

Eine Podiumsdiskussion ohne FDP und SVP

Grossratsmitglieder von der FDP und SVP waren am Samstag keine auf dem Podium. Sie wurden nicht angefragt. FDP-Kantonalpräsidentin Sabina Freiernuth findet es bedauerlich, dass nicht auf eine ausgewogene Beteiligung geachtet wurde. «In einem Dialog und erst recht in einem Parlament spricht man doch miteinander, nicht übereinander.» Ihre Partei sei interessiert an einem Dialog mit Mitgliedern des Flüchtlingsparlaments. Jemanden aus der Fraktion zu finden, der am Samstag so kurzfristig hätte teilnehmen können, sei aber nicht möglich gewesen.

Freiernuth hat deshalb mit Ron Halbricht vom Verein NCBI, der das Flüchtlingsparlament mitorganisiert hat, Kontakt aufgenommen. Sie planen nun einen Dialog mit einer Vertretung der Fraktion in anderem Rahmen über das Flüchtlingsparlament und die Vorschläge, die angenommen wurden. Halbricht freut sich über das Interesse der FDP Aargau an einem Dialog. «Wir suchen Verbündete in allen Parteien, die sich für unsere Anliegen einsetzen», sagt er. (nla)

Die Umfahrung Mellingen ist eingeweiht



Das Nadelöhr Mellingen ist Vergangenheit: Am Samstag wurde das «Jahrhundertprojekt», die 2 Kilometer lange Umfahrung, mit einem Volksfest eingeweiht. Das feierten auch Regierungsrat Stephan Attiger und Frau Gemeindeammann Györgyi Schaeffer. Bild: Irene Hung-König

Nachrichten

Tag der offenen Moschee am 5. November

Aargau Seit 15 Jahren lädt der Verband Aargauer Muslime zu einem Tag der offenen Moschee ein. Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen die Gelegenheit haben, sich aus erster Hand über den Islam und die in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime zu informieren und mit ihnen zu diskutieren, teilt der Verband mit. Alle seien herzlich eingeladen, es gebe keine Tabuthemen: Samstag, 5. November, 14 – 17 Uhr, Führungen jeweils zur vollen Stunde, Kaffee, Tee und Kuchen werden gratis angeboten. Standorte: www.aargauermuslime.ch (az)

Mutmassliche Diebe festgenommen

Eiken Kurz vor 07.00 Uhr am Samstag beobachtete eine Anwohnerin in Eiken, wie zwei Jugendliche von Fahrzeug zu Fahrzeug gingen und versuchten, diese zu öffnen. Einer zweiten Melderin fielen die beiden jungen Männer ebenfalls verdäch-

tig auf. Die Kantonspolizei konnte die beiden 16-jährigen antreffen und kontrollieren. Bei diesen handelte es sich um zwei algerische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Kanton Zürich. Bei der Kontrolle konnte Diebesgut aus einem Fahrzeug gefunden werden. Die Kantonspolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Die mutmasslichen Diebe wurden, nach Rücksprache mit der Jugendanwaltschaft, vorläufig festgenommen. Die Polizei empfiehlt, parkierte Fahrzeuge konsequent abzuschliessen. (az)

Gewerbe kritisch zu Vorlage des Kantons

Aargau Das Präsidium des Aargauer Gewerbeverbandes (AGV) hat sich mit den Änderungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes auseinandergesetzt. Der AGV anerkennt den Willen der Regierung, verfahrensrechtliche Verbesserungen zu schaffen und effizienter zu werden. Das Präsidium sieht aber bei den meisten Themen keinen dringenden Handlungsbedarf. (az)

Samstag 5. November

REISEWELTEN

der Event

Jetzt gratis anmelden

www.reisewelten.ch

Die Ferienmesse im Reisezentrum Windisch

- ✓ Über 35 Vorträge & 50 Aussteller
- ✓ Individuelle Beratungen von Reisespezialisten
- ✓ Street Food & Drinks
- ✓ Gratis Shuttlebus ab diversen Schweizer Städten

knechtreisen